



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 16. November 2017

Antrags-Nr. 17-F-21-0095

Beitrag der Wirtschaft zur Kinderbetreuung, Gewerbesteuer senken

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.11.2017

-

Es liegt im Interesse der Landeshauptstadt Wiesbaden, dass die stetig steigenden Kinderbetreuungskosten auf eine verlässliche und gerechte Finanzierungsbasis gestellt werden. Aus diesem Grund soll die Wirtschaft an den Kinderbetreuungskosten beteiligt werden. Hierfür soll der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden beauftragt werden, eine Vereinbarung mit der Wirtschaft zu schließen, die im Dialog mit deren Verbandsvertretern und dem Landesgesetzgeber zu entwickeln ist. Als Ausgleich für die der Wirtschaft durch die Beteiligung an den Kinderbetreuungskosten entstehenden Ausgaben wird die Gewerbesteuer gesenkt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) Gespräche mit der hessischen Landesregierung, dem hessischen Städtetag und Vertretern der Wirtschaft mit dem Ziel einer Beteiligung der Wirtschaft an den Kinderbetreuungskosten aufzunehmen sowie.

Insbesondere zwei mögliche Wege zu prüfen:

1. eine Novellierung des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG);
 2. eine Novellierung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (HKJGB).
- b) auf Grundlage dieser Prüfungen gegenüber dem Land Vorschläge zu einer entsprechenden Novellierung vorzutragen Inhalt dieser Novellierungen soll eine institutionelle Möglichkeit sein, Handel, Gewerbe und freiberufliche Tätigkeiten an den Kosten kommunaler Kindertagesbetreuung zu beteiligen.

Beschluss Nr. 0470

Der gem. Antrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 09.11.2017 betr.

Beitrag der Wirtschaft zur Kinderbetreuung, Gewerbesteuer senken

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2017

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .11.2017

1. Dezernat III i. V. m. Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister